

## 19. Das höchste Gut ist die Freiheit und das öffentliche Glück

---

### 19.1 Die Ankunft einer neuen Generation

Ohne sofortige, entschiedene Klimaschutzmaßnahmen könnten bereits meine Kinder, die derzeit das Gymnasium besuchen, eine 3 Grad wärmere Erde erleben. [...] Doch ziemlich sicher wäre diese Erde voller Schrecken für die Menschen, die sie erleben mussten. [...] Was Hoffnung macht, ist, dass diese 3-Grad-Welt kein unvermeidliches Schicksal ist. Noch ist es sogar möglich, die Erwärmung auf nahe der 1,5-Grad-Marke zu begrenzen – was 2015 in Paris von allen Ländern einstimmig beschlossen wurde und wozu hierzulande fast alle Politiker Lippenbekenntnisse abgeben. [...] Um das 1,5-Grad-Ziel einzuhalten, muss die Welt endlich in den ernsthaften Krisenmodus schalten, wie die jungen Menschen von Fridays for Future völlig zu Recht einfordern. Klimaschutz muss dazu die höchste Priorität bekommen.<sup>1</sup>

Arendts Lebensthema war die Analyse von Gesellschaften in Umbrüchen. Die Klimakrise wie der Überfall Russlands in die Ukraine verlangen einen großen Um- und Aufbruch. Es ist die junge Generation, die vorangeht. »In Karlsruhe«, so der Zeit-Journalist Bernd Ulrich, »wurde das höchste Gut der Gesellschaft neu definiert: die Freiheit. Ökologischer blinder Liberalismus, nur aufs eigene Wohl bedacht, ist gegen das Grundgesetz«<sup>2</sup>. Seit 1994 ist der Umweltschutz als Staatsziel in Artikel 20a Grundgesetz verankert. Ohne zivilgesellschaftliches Engagement, wissenschaftliche Expertise und Protest wäre es zu diesem Urteil eher nicht gekommen. Politisches Handeln führt im günstigen Fall, bemerken Christian Volk und Thorsten Thiel,

---

1 Stefan Rahmstorf: Klima und Wetter bei 3 Grad mehr, S. 29, <https://www.pik-potsdam.de/~stefan/Publications/Klima%20und%20Wetter%20bei%203%20Grad%20mehr.pdf>. Der Klimaforscher Stefan Rahmstorf wird von Clarivate Analytics zu den meistzitierten Forscher:innen seines Fachgebietes gezählt.

2 Bernd Ulrich: Die Befreiung der Freiheit, Die Zeit, 30.04.2021, <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2021-04/karlsruhe-bundesverfassungsgericht-klimaschutz-urteil-grundgesetz-freiheit>

zur »rechtlichen Einbettung der politischen Sphäre« und zur »dauerhaften Entfaltung politischer Freiheit, was nach Arendt die binäre Unterscheidung negativer und positiver Freiheit transzendiert – eine Unterscheidung, auf deren *falscher*, positiver Seite zu stehen, ihr immer wieder vorgeworfen wird« (Volk/Thiel 2016: 28). Es wäre interessant zu wissen, was Arendt zu Karlsruhe gesagt hätte. Vielleicht hätte sie Vergils Vers zitiert, in dem es heißt: *Magnus ab integro saeculorum nascitur ordo* (»aufs Neue hebt an die große Folge der Zeiten«). Vergil spricht hier von einer großen, aber nicht von einer neuen Ordnung. In ihrem Essay *Die Freiheit, frei zu sein*, führt Arendt weiter aus: »Das Entscheidende an Vergils Vers« sei die »Tatsache, dass er einer Geburtshymne« entstamme, [...] »die Geburt als solche preist, die Ankunft einer neuen Generation, das große rettende Ereignis, [...] mit anderen Worten: Wir können etwas beginnen, weil wir Anfänge und damit Anfänger sind«. Die menschliche Gebärtlichkeit, so Arendt, sei die »ontologische *conditio sine qua non* aller Politik« (FF: 35). Um nichts anderes ging es dem Gericht: die durch *Fridays for Future* in Gang gesetzte ökologische Revolution in ihr Recht zu setzen und so die Freiheitschancen der jüngeren Generation zu wahren. Zu wenig Klimaschutz ist illiberal und bedroht die Freiheit insbesondere künftiger Generationen. Dieses Urteil revolutioniert den ökologisch und sozial blinden Freiheitsbegriff. Die Gnadenfristen sind seit den ersten Warnungen aus den 1970er-Jahren durch den Stillstand in der Politik längst verstrichen.<sup>3</sup> Das »auf Tausend Wegen sich Heranstellende« ist schwerer zu vermeiden als die »einmalig-eindeutige Untat des Krieges« – es kommt längst nicht mehr von außen: »Wir sind der Natur gefährlicher geworden, als sie uns jemals war«, schrieb Hans Jonas 1987. Unsere Pflicht reicht nun über »den ganzen Erdkreis und in die ferne Zukunft«<sup>4</sup>. Für Jonas wäre es obszön, den verarmten Weltteilen »Umweltschonung zu predigen«. Das »eigentliche Problem« liege »bei den Reichen dieser Erde, den Prassern mit ihrer globalen Schuld und Pflicht«.

Die Freiheit eines Konsums ohne Grenze, von Naturzerstörung und Plünderung der Erde sind nicht Ausdruck von Freiheit, sondern von Willkür und Verantwortungslosigkeit. Wo alles möglich wird, ist der Willkür des Handelns keine Grenze gesetzt. Nach Arendt sind Grenzen nicht die Grenzen der Freiheit, sondern ihre zwingende Voraussetzung. Die grenzenlose Steigerung der Herrschaft in der Moderne ist für Arendt Ausdruck des »Grundprinzip(s) des Imperialismus des 19. Jahrhunderts wie auch des bürgerlichen Kapitalismus, die sich in dieser gemeinsamen Dy-

3 Der aktuelle Bericht der Welt-Meteorologie-Organisation (WMO) geht davon aus, dass die kritische 1,5-Grad-Erwärmung schon 2026 überschritten werden könnte. Helmholtz-Gemeinschaft deutscher Forschungszentren: Klimawandel. 1,5 Grad-Ziel könnte schon in den nächsten Jahren überschritten werden, 23.05.2022. Interview: Franz Ossing, <https://www.helmholtz.de/newsroom/artikel/15-grad-ziel-koennte-schon-in-den-naechsten-jahren-ueberschritten-werden/>

4 Hans Jonas: Technik – Freiheit und Pflicht, FAZ, 12.10.1987, S. 11.

namik gegenseitig stützen und antreiben«<sup>5</sup>. Setzen wir der Freiheit keine Grenzen, führt dies zur grenzenlosen Akkumulation von destruktiver Macht über Mensch und Natur. Grenzenlosigkeit und Freiheit schließen sich für Arendt aus.

»Das reichste 1 Prozent (63 Millionen Menschen) hat zwischen 1990 und 2015 mehr als doppelt so viel klimaschädliches CO<sub>2</sub> ausgestoßen wie die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung zusammen.«<sup>6</sup> Den Klimawandel bekämpfen heißt auch für Klimagerechtigkeit sorgen. Der globale Norden ist heute für rund zwei Drittel aller CO<sub>2</sub>-Emissionen verantwortlich.<sup>7</sup> Derzeit steigen deutsche und europäische Kohlenstoffschulden ins Unbezahlbare. Kira Vinke, Leiterin des Zentrums für Klima und Außenpolitik bei der *Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik* (DGAP), fordert »eine ökologische Schuldenbremse, um die Risiken für die jüngere Generation auf ein handhabbares Maß zu begrenzen«.<sup>8</sup> Gegenwärtig ist diese in weite Ferne gerückt. Die verschobene Erhöhung des deutschen CO<sub>2</sub>-Preises signalisiert, dass Deutschland in Krisenzeiten davor zurückschreckt, in Klimagerechtigkeit zu investieren. »So wird die ›Freiheit‹, unreguliert und scheinbar kostenlos CO<sub>2</sub> in der Atmosphäre abzulagern, letztlich zum Verhängnis«, bemerkt Vinke.

Nun zwingt uns der Klimawandel und Putins Überfall auf die Ukraine, mit der Begrenzung von Freiheitsspielräumen vernünftig umzugehen. Wenn die Bekämpfung von Nebenfolgen unseres Handelns zur Hauptsache wird, verwandelt sich Freiheit in ein begehrtes Gut. Mit dem Überfall Russlands auf die Ukraine ist der Kampf gegen den Klimawandel in den Hintergrund gerückt. Nationen wie Menschen sind sich jetzt selbst die Nächsten. *Fridays for Future* hat seine Fähigkeit, Hunderttausende zu mobilisieren, und die Deutungsmacht derzeit verloren. Der Widerstand radikalisiert sich. Aktivisten der *Letzten Generation* kleben sich auf Autobahnen fest, um die Politik zum Umdenken zu bewegen; in Lützerath widersetzen sich Aktivisten der Räumung des Klimacamps, weil mit dem 1,5-Grad-Limit die Verbrennung der Kohle unter Lützerath nicht vereinbar sei. Weltweit agierende Gruppen, wie die *Scientist Rebellion* (SR), Aktivisten aus dem Wissenschaftsbereich,

5 Katrin Meyer: Hannah Arendt: Auf der Suche nach der Freiheit jenseits von Souveränität, 2005, [https://www.academia.edu/27739302/Hannah\\_Arendt\\_Auf\\_der\\_Suche\\_nach\\_der\\_Freiheit\\_jenseits\\_von\\_Souveraenitaet\\_2005](https://www.academia.edu/27739302/Hannah_Arendt_Auf_der_Suche_nach_der_Freiheit_jenseits_von_Souveraenitaet_2005)

6 Oxfam: Klimawandel und Ungleichheit, 21.09.2020, <https://www.oxfam.de/ueber-uns/aktuelles/klimawandel-ungleichheit-reichste-1-prozent-schaedigt-klima-doppelt-so-stark>

7 In sieben Tagen häuft ein US-Amerikaner im Durchschnitt 20 Kilogramm Müll an. In Afrika benötigt ein Mensch dazu sieben Wochen. Weltweit sind 768 Millionen Menschen unterernährt, gleichzeitig werden jährlich 931 Millionen Tonnen Lebensmittel weggeworfen. Vgl. Green: Spezial Weltklimagipfel, *Die Zeit*, 03.11.2022, S. 34f.

8 Kira Vinke: Wir können auch anders, *Internationale Politik*, 04.11.2022, <https://internationalpolitik.de/de/wir-koennen-auch-anders>

leisten zivilen Ungehorsam.<sup>9</sup> Die Klimafrage ist zum weltweiten Generationskonflikt und zum Sicherheitsrisiko für die Menschheit geworden. Die Klimaschützer müssen sich wie die Politik auch zu den Notwendigkeiten der fossilen Energiekrise und zur sozialen Gerechtigkeit verhalten und offen sein für Argumente. Klimapolitik muss mit der gesellschaftlichen Realität rechnen und ist kein Projekt für die reine Lehre – national und global.

Putins fossiler Krieg hat uns paradoxerweise vorübergehend noch tiefer in fossile Abhängigkeit geführt. Die Effekte des Ukrainekrieges, der Corona- und der Klimakrise wie die unkontrollierte Einführung neuer disruptiver Technologien verstärken sich wechselseitig und führen nicht nur zur Nahrungsmittelknappheit und der Zerschlagung von Lieferketten, sondern auch zur Explosion der Preise. Zu lange glaubte der Westen an eine Allianz von Kapitalismus und liberaler Demokratie. Eine mögliche Allianz von Kapitalismus und Nationalismus blendeten wir aus. Mit dem Import von russischem Öl und Gas finanzierten wir die imperialen Kriege Putins und mit dem Import nahöstlichen Öls den islamistischen Terror. Wirtschaftliche Abhängigkeit, auch mit nicht demokratischen Staaten, war Geschäftsgrundlage aller Akteure der Globalisierung. Der westliche Fortschrittsgedanke entpuppt sich als zu optimistisch. Wir glaubten an die Erzählung »Wandel durch Handel« und lebten gerne in dieser Illusion. Die Wirklichkeit sah meist anders aus. In China beispielsweise werden Uigur:innen, Kasach:innen und andere vornehmlich muslimische Minderheiten systematisch und willkürlich verfolgt, inhaftiert, umerzogen und gefoltert. Chinas Ziel: dominierende Wirtschafts- und Militärmacht der Welt bis 2049.<sup>10</sup> Demokratie, Rechtsstaat und Menschenrechte werden in China bekämpft.

Die Globalisierung, wie wir sie kennen, ist an ein Ende gelangt. Heute geht es um die Frage: Wie verknüpfen wir angesichts des Klimawandels und der neoimperialen Politik Russlands das Prinzip Verantwortung für die Zukunft mit Freiheit – wie denken wir Freiheit neu? Wie wagen wir einen neuen Anfang?<sup>11</sup> Die Großkrisen

9 Es sind vermögende und sehr bekannte Leute, wie Rebecca Rockefeller und Peter Gill Case, beides Erben des Rockefeller-Imperiums, die die Proteste als Strategie im Kampf gegen »Ignoranz und Arroganz« finanziell mit Millionen unterstützen. »In der Geschichte unserer Nation haben zahlreiche gesellschaftliche Veränderungen auf der Straße begonnen«, sagt Rory Kennedy, eine der Gründerinnen des Climate Emergency Fund und Tochter von Robert F. Kennedy. Jürgen Schmieder: Öl-Millionen gegen Klimawandel, SZ, 05./06.01.2023, S. 13.

10 Anders als Russland scheint China die internationale Ordnung nicht zerstören zu wollen und setzt auf friedliche Reformen, da es mit seinem Modell der sozialistischen Marktwirtschaft international noch erfolgreich ist. Vgl. Gerhard Stahl: 2049 – die chinesische Vision. Über die langfristige Entwicklungsstrategie eines autoritären Systems, 12.05.2022, <https://weltneuvermessung.wordpress.com/2022/05/12/2049-die-chinesische-vision-uber-die-langfristige-entwicklungsstrategie-eines-autoritaeren-systems/>

11 »Die Hoffnung der Lebenden ist es, dass ihr unvollkommenes Leben nicht das letzte Wort in der Menschheitsgeschichte sein wird, denn dafür leben sie und dafür sorgen sie durch Er-

zwingen uns jetzt zu einer nachhaltigen Neudefinition unserer Begriffe von Souveränität, Wohlstand, Außen- und Sicherheitspolitik. Wirtschaftspolitik ist auch Geo- und Sicherheitspolitik.<sup>12</sup> Der Druck auf Politik und Gesellschaft war selten so groß, strategische Änderungen an der Art unserer Lebensweise vorzunehmen. Wenn wir aus Angst oder aus Hochmut und Ich-Bezogenheit das Richtige zu langsam tun und das Falsche nicht unterlassen, dann wachsen die Probleme und Zwänge exponentiell. Aus den Schockmomenten in der Geschichte haben sich immer auch Chancen ergeben, Mechanismen zu entwickeln, die zur Überwindung kommender Krisen beitragen. Auf dieser Basis entstand bisher immer mehr und nicht weniger Globalisierung. Die gegenwärtigen mehrfachen Krisen können insofern als Vorankündigungen einer neuen Globalisierungswelle verstanden werden. »Aber wir lernen am meisten, wenn die Gegenwart am düstersten ist.«<sup>13</sup>

## 19.2 Kein Mensch oder Staat ist souverän

Wir müssen lernen, die Natur nicht als auszubeutendes Objekt, sondern als Teil von uns selbst und soziale und ökologische Probleme grundsätzlich aus dieser Wechselwirkung heraus zu verstehen. Wir rücken so die Interaktionen von Gesellschaft und Natur ins Zentrum. Heute, im Anthropozän, geht es um ein neues Verständnis dieser Wechselwirkungen. Die Vorstellung vom Menschen als Manager des Erdsystems, der hochkomplexe globale Prozesse einfach steuern könnte, wäre vermessen. Schnelle Antworten sind meist die falschen. Bei allen vorgeschlagenen Lösungen müssen wir fragen, welche Rückkopplungen sie haben, ob sie überhaupt im großen Stil umsetzbar sind, ob sie von den Menschen unterstützt werden. Nur besseres Wissen führt letzten Endes zu besseren Handlungen.<sup>14</sup> Der Fortbestand einer freien und liberalen Welt ist gefährdet, solange wir auf den Schultern der Armen und auf

---

neuerung der Generationenfolge«, notiert der Berliner Philosoph Frank Witzleben: Integrität und Freiheit, Bonn 2021, S. 176.

- 12 Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne) benannte bei der Auftaktveranstaltung am Beginn des Prozesses für eine Nationale Sicherheitsstrategie im März 2022 drei Pfeiler: »Die Sicherheit der Unverletzlichkeit unseres Lebens, zuvorderst vor Gewalt und Krieg. Die Sicherheit unserer Freiheit, der Resilienz unserer Demokratie. Die Sicherheit unserer Lebensgrundlagen, der Schutz unserer Umwelt und Ressourcen.« Für Baerbock ist dies ein partizipativer Prozess, es gehe »um die Freiheit jedes einzelnen Menschen – bei uns und weltweit.« Auswärtiges Amt: Auf dem Weg zu einer Nationalen Sicherheitsstrategie – Auftaktveranstaltung, 18.03.2022, [https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/themen/Nationale\\_Sicherheitsstrategie/baerbock-nationale-sicherheitsstrategie/2518048](https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/themen/Nationale_Sicherheitsstrategie/baerbock-nationale-sicherheitsstrategie/2518048)

- 13 Harold James: Schockmomente. Eine Weltgeschichte von Inflation und Globalisierung, Freiburg 2022, S. 540.

- 14 Vgl. Jürgen Renn, Direktor des Max-Planck-Instituts für Wissenschaftsgeschichte Berlin im Interview: »Wir können nicht einfach zurück zur Natur«, Die Zeit, 30.06.2022, S. 35.

Kosten der Natur leben. Wirklicher Fortschritt beginnt da, wo der Natur zerstören-de, auf fossilen Energien basierende Fortschritt endet und wir eine nachhaltige Lebensweise im Einklang mit Mensch und Natur entwickeln. Dafür muss die Menschheit aber gemeinsam handeln. Angesichts des fossilen Krieges Russlands und einer erneut in feindliche Machtblöcke zerfallenden Welt scheint ein gemeinsamer Kampf gegen den Klimawandel illusorisch. Ausgerechnet die gemeinsame, für alle immer sichtbar werdende und erfahrbare Bedrohung könnte aber die Menschheit zusammenführen.

Für Arendt ist kein Mensch souverän. »Wären Souveränität und Freiheit wirklich dasselbe«, notiert Arendt in *Vita activa*, so könnten »Menschen tatsächlich nicht frei sein, weil Souveränität, nämlich unbedingte Autonomie und Herrschaft über sich selbst, der menschlichen Bedingtheit der Pluralität« widerspreche (VA: 299). Wir verfügen über keine absolute Gestaltungsmacht, weder über die Natur, noch über Menschen. »Souveränität« ist seit Jean Bodin und Thomas Hobbes einer der prägenden Grundbegriffe der politischen Theorie, der mit Blick auf den Brexit und die Politik Chinas wie auf den Überfall auf die Ukraine eine Renaissance erlebt. Aktuell lassen sich, angesichts der Krise der Globalisierung, kontraproduktive Plädoyers für einen Rückzug auf den souveränen Nationalstaat erkennen. Diversifikation ist das neue Stichwort. In der Energiepolitik hat Deutschland sich von einem Monopolisten abhängig gemacht, statt an einem gemeinsamen europäischen Energiekonzept zu arbeiten. Die EU steht mit Blick auf Putins erzeugte Angebotskrise nun an einem Scheideweg. Sie muss sich um gemeinschaftliche europäische Ressourcen und deren gerechte Verteilung bemühen. Sie muss eine strategische Entscheidung für den Ausbau einer nachhaltigeren Energiesicherheit treffen und den Sektor der erneuerbaren Energien zügig ausbauen. Der europäische *Green Deal* ist ein Anfang. Es ist, als ob wir zunehmend aus einem Tiefschlaf erwachen, der uns die Abhängigkeit unseres asymmetrischen Wirtschaftsmodells von ein paar Rohstoffen vor Augen führt. Dies betrifft nicht nur Öl und Gas, sondern auch Kupfer, Gold, Phosphat, Kobalt, Eisenerz und seltene Erden – ohne diese Rohstoffe kann kein Windrad und keine Solaranlage gebaut, kein E-Auto entwickelt werden. Unsere Rohstoffabhängigkeit bedeutet, dass wir in Verhandlungen auch mit Ländern wie China, Australien, Brasilien und Chile treten müssen und Forderungen nach Klimaschutz und Menschenrechten global an Einfluss verlieren könnten. Die stark angestiegenen Preise für Gas, Benzin, Getreide, Holz, Molkereiprodukte oder Speiseöle zeigen, wie wenig Kontrolle wir über die Grundlagen unseres Lebens haben. Deutschland muss sein auf Export, internationale Arbeitsteilung und billige Energie gegründetes Wirtschaftsmodell erneuern. Eine Rückkehr zu nationaler Selbstbeschneidung führt nicht weiter. Ob im Klimaschutz, in der Industrie- und Handelspolitik, der Energie- oder in der Sicherheitspolitik, das Zusammenspiel von Kooperation und Wettbewerb sollte im europäischen und internationalen Kontext zentral sein, wenn die großen Industrienationen der Welt Mitte des Jahrhunderts klimaneutral sein

wollen. Ganz im Sinne von Arendt geht es heute darum, einen neuen Anfang zu machen und Freiheit, Sicherheit und Wohlstand neu zu denken.

### 19.3 Freiheit und die Sorge um die Welt

Arendts Freiheitsbegriff geht über den negativen Freiheitsbegriff von John Locke hinaus. Der Bürger bei Locke kann frei sein, wenn er isoliert lebt, solange er weder von staatlichen Interventionen noch von Mitbürgern behelligt wird. Arendt glaubt unter diesen Umständen nicht an die Realisierung von Freiheit, sondern fokussiert auf die Beziehungen, die zwischen Menschen bestehen. Sie distanziert sich von einem liberalen Freiheitsbegriff im Sinne von individueller Freiheit. Arendt geht mit den amerikanischen Gründungsvätern, den Federalists, und mit Montesquieu über das »Modell vom Menschen als einem berechnenden Individuum, das seine eigenen Interessen zu maximieren sucht« (Iwv: 103), bis in die Antike zurück, um eine andere Art Mensch zu erhalten. »Und diese Art Mensch ist nicht der Bürger, sondern der ›citizen‹« (Iwv: 103). Den Gründungsvätern sei es darum gegangen, »für diesen neuen politischen Bereich, den sie hervorbringen wollten und Republik nannten, ein Modell zu finden«. Bis zu einem gewissen Grad sei es »der Bürger der Athenischen Polis«, vor allem aber das Modell der Römer, die *res publica*, die »öffentliche Sache« (Iwv: 104) gewesen. Wenn Arendt von Freiheit spricht, meint sie nicht die Durchsetzung von Privatinteressen auf Kosten des Gemeinwesens. Im Unterschied zum negativen Freiheitsverständnis des klassischen Liberalismus bedeutet Freiheit für Arendt nicht grenzenlose Freiheit für den Einzelnen, unregulierte Marktfreiheit oder Freiheit von Politik und privates Glück. Arendt geht es um mehr als um rechtsstaatlichen Schutz individueller Freiheit. Ihr Verständnis von Politik zielt auf die Pluralität der Menschen, auf das Miteinander, aus dem jener Zwischenraum zwischen den Menschen entsteht, der den Raum für das Politische möglich macht – und dass Denken als Tätigkeit in den Dienst des Handelns gestellt wird. In diesem Denken sind die Bürger:innen am Gemeinwohl und an öffentlicher Verantwortung orientiert. Wer Politik nicht als »Kampf um Selbsterhaltung im biologisch-physiologischen Sinne bzw. als nur auf sich selbst bezogene Selbststeigerung um der Macht willen, sondern als Herausforderung an sich selbst, Zusammenhalt und Wohlergehen zu befördern«<sup>15</sup> versteht, realisiert in diesem Kontext Freiheit. Arendt stellte den Realitätsgehalt der Theorie von Adam Smith, »daß eine ›unsichtbare Hand‹ das Gemeinwohl so leitet, daß, wenn alle ihre Privatinteressen verteidigen, sich das sozusagen zum Gemeinwohl addiert«, in Frage<sup>16</sup>. Privatinteressen addierten sich niemals zum Gemeinwohl, auch wegen der Tatsache, dass wir nur »die flüchtigen Bewohner dieser

15 F. Witzleben: Integrität und Freiheit, S. 172.

16 H. Arendt, Beiträge beim Podiums-Gespräch »Legitimität der Lüge in der Politik«, S. 193.

Welt« sind und wir nicht nur für diese, sondern auch für ihre zukünftigen Bewohner Verantwortung tragen.

Was wir an Freiheit erreicht haben, können wir, das zeigen der Philosoph Sir Karl R. Popper und Hannah Arendt, jederzeit wieder verlieren – und diese Gefahr ist groß. Wir müssten uns davor hüten, ökonomischen Wohlstand auf Demokratie und Freiheit zurückzuführen. Freiheit ist, wie es Karl Popper im Geiste von Arendt einmal formulierte, »kein Lieferant, der uns die Güter des Lebens ins Haus zustellt«. »Die Demokratie«, so Popper, »schafft nichts – auch nicht ein Wirtschaftswunder.« Es sei gefährlich, »die Freiheit dadurch anzupreisen, dass man den Menschen erzählt, es werde ihnen sicher gut gehen, wenn sie nur erst frei« seien. Wir dürften »die politische Freiheit nicht wählen, weil wir uns ein bequemes Leben versprechen, sondern weil sie selbst einen letzten Wert darstellt, der nicht auf materielle Werte zurückgeführt werden kann«<sup>17</sup>. Wir müssten die Freiheit wählen wie einst Demokrit, der sagte: »Ich ziehe das karge Leben in einer Demokratie dem Reichtum unter einer Tyrannei vor«, und »Die Armut in einer Demokratie ist besser als aller Reichtum unter einer Aristokratie oder einer Alleinherrschaft, denn die Freiheit ist besser als die Knechtschaft«. »Nein, wir wählen die politische Freiheit nicht, weil sie uns das oder jenes verspricht. Wir wählen die Freiheit, weil sie die einzig menschenwürdige Form des menschlichen Zusammenlebens möglich macht, die einzige Form, in der wir für uns selbst verantwortlich sein können.« (Popper 1994: 172)

Politik nach Arendt kann, mit Rahel Jaeggi, als »die gemeinsame Gestaltung der (gemeinsamen) Welt, sofern sie über die bloße Organisation des täglichen Lebens, Reproduktionsnotwendigkeiten individuellen wie kollektiven Lebens, hinausgeht«<sup>18</sup>, verstanden werden. Es betrifft die Sorge um die Welt. Die »Welt« ist nach Arendt »keineswegs identisch mit der Erde oder der Natur im Ganzen«, sie ist »ein Gebilde von Menschenhand« (VA: 65), ein großes menschliches Beziehungsgeflecht. Politik ist deshalb mehr als das Ökonomische, sie ist die Verantwortung für die gemeinsame Welt, die Sorge um das, was die vielen miteinander verbindet. »Eine Welt«, notiert Arendt in *Vita activa*, »die Platz für Öffentlichkeit haben soll«, könne »nicht nur für eine Generation errichtet oder nur für die Lebenden geplant sein; sie muss die Lebensspanne sterblicher Menschen übersteigen« (VA: 68f.). Die Welt hätten wir »auch mit denen, die nach uns kommen werden«. Eine solche Welt könne das Kommen und Gehen der Generationen nur in dem Maße überdauern, in dem sie in der Öffentlichkeit erscheine (VA: 69). Das politische Handeln als Fähigkeit, »einen Anfang zu machen«, beginnt für Arendt jenseits des Reichs der Notwendigkeit. Im Modus des *Füreinander-Handelns*, in der Sorge für die Welt, be-

17 Karl Popper: Alles Leben ist Problemlösen, München 1994, S. 171.

18 Rahel Jaeggi: Die im Dunkeln sieht man nicht. Hannah Arendts Theorie der Politisierung, in: H. Arendt: Verborgene Tradition – Unzeitgemäße Aktualität, S. 245.



ginnt für Arendt Freiheit dort, wie sie sagt, »wo die Sorge um das Leben aufgehört hat« (VA: 210).

Lange wurde »Freiheit« als neoliberaler Ideologiebegriff missbraucht und nicht primär als Grundbedingung der demokratischen Lebensweise verstanden. Die liberale Demokratie gilt bis heute – vor allem bei der Linken, aber auch bei Teilen der Rechten – als neoliberale Ideologie des Kapitalismus, als trojanisches Pferd »der Reichen«, und weniger als freiheitliche Lebensform. Den Zusammenbruch der Sowjetunion bezeichnete Putin als die »größte geopolitische Katastrophe des 21. Jahrhunderts«. Für die Linke bedeutete dies das Aus ihrer sozialistischen Träume. Lange stand die Auseinandersetzung mit dem Totalitarismus bei der deutschen Linken unter Verdacht – unter dem Verdacht des Antikommunismus. Inzwischen erfährt nicht nur Hannah Arendts Kritik am Totalitarismus jeder Couleur wachsende Anerkennung. Wie existenziell der Unterschied zwischen Diktatur und liberaler Demokratie ist, gewinnt angesichts einer globalen Zunahme der Attraktivität autoritärer Tendenzen an Gewicht. Arendt warnte in ihren Schriften vor der Reduktion von Freiheit auf das Ökonomische, auf den »sozialen Frieden«, auf Wohlstand und auf das nationale Interesse, vor der Reduktion des liberalen Ideals auf einen technokratischen, selbst optimierten Individualismus und des Einzelnen auf einen politisch wenig engagierten Konsumenten bei gleichzeitiger Ausblendung der Wiederkehr des »Bösen«. Sie macht in ihren Texten immer wieder deutlich, dass soziale Sicherheit zwar die Voraussetzung von Freiheit ist, aber keine hinreichende Bedingung für ihren Erhalt. Diese Freiheit setzt die Befreiung von Zwang, Bevormundung, Not und Furcht voraus, erschöpft sich aber nicht darin. Freiheit ist das Leben und die Teilhabe in einer Welt, die zum Stoff des Handelns wird und sich nicht im Selbstgenuss erschöpft. Es ist die Freiheit, die Welt zu verändern.

## 19.4 Die Zukunft des Westens: Liberalismus erneuern

In dem 1961 gehaltenen Vortrag *Revolution und Freiheit* erklärte Arendt, dass »die Revolution das Hauptthema des Jahrhunderts bleiben« werde (ZVZ: 134). Noch immer gehe es um die politischen Prinzipien der beiden großen Revolutionen des 18. Jahrhunderts, »der Geburtsort der modernen Welt« (ZVZ: 133). Das der Revolution innewohnende Ziel sei immer die Freiheit gewesen, ihre Haupthindernisse die verschiedenen Ideologien des 19. Jahrhunderts, Kapitalismus, Sozialismus und Kommunismus. 1989 gab Arendt recht, wie auch der Kampf der Ukraine für ihre Souveränität. Die »Zukunft des Westens«, erklärte Arendt in ihrem Vortrag, hänge von zwei Faktoren ab: der Freiheit und der Überwindung der Armut (ZVZ: 135). Zur Revolution gehöre beides: die Befreiung von der Notwendigkeit, damit Menschen sich in Würde bewegen können, und die Schaffung eines politischen Körpers, der es ihnen erlauben« werde, »in Freiheit zu handeln« (ZVZ: 137).

Arendt fragt nach den sozialen Bedingungen von Freiheit. Ökonomen des Internationalen Währungsfonds warnen seit Jahren vor dem »Teufelskreis der Ungleichheit« und vor »sozialen Unruhen«.<sup>19</sup> Deregulierung und private Renditeerwartungen haben in den letzten Jahrzehnten, auch in der »Ersten Welt«, die soziale und regionale Ungleichheit sowie den Raubbau an der Biosphäre befördert und dem Gemeinwohl großen Schaden zugefügt. Nach wie vor sind die Vermögen in Deutschland extrem ungleich verteilt.<sup>20</sup> Die deutsche Krisenpolitik der letzten Jahre hat die Vermögenden hingegen weitgehend geschont.

Wie alle Bücher Arendts kann *Über die Revolution* als ein Buch der »Warnung« gelesen werden. Arendts Politikbegriff kann als idealistisch verworfen werden oder aber als »Warnung« vor der Fragilität spätmoderner Massen- und Konsumgesellschaften und als Aufforderung zum bürgerschaftlichen Engagement verstanden werden. Ihr Politikbegriff ist ein auf den Begriffen von Pluralität, Gerechtigkeit, Solidarität und Freundschaft aufgebauter Republikanismus und aus dieser Perspektive betrachtet ein anspruchsvolles Modell von Bürgerschaft, ein normatives Gegenmodell zum Totalitarismus.

Mit dem Krieg in der Ukraine stellt sich die Frage nach der Widerstandsfähigkeit von Demokratien in ganz Europa. Der bulgarische Politikwissenschaftler Ivan Krastev hält eine Gesellschaft nur dann für widerstandsfähig, wenn »die Macht in der Gesellschaft liegt und nicht einfach in den Fähigkeiten des Staates«<sup>21</sup>; also auf vielen Schultern, wenn sie sich ihrer eigenen Verwundbarkeit bewusst ist.

Neben dem Begriff der Pluralität und Öffentlichkeit ist es der Begriff der Macht, den Arendt ins Zentrum ihrer politischen Philosophie stellt. Aktuell beweist die Ukraine in ihrem Unabhängigkeitskampf auf allen Ebenen der zivilen Gesellschaft durch ihre Leidensbereitschaft eine unerhörte Stärke und Macht. Sie ist gegenwärtig das machtvollste, aber auch verletzlichste Land in Europa und bildet zu Russland den Antipoden. Russlands Macht gründet auf Gewalt, die Macht der Ukrainer:innen auf dem Freiheitswillen der Menschen.

19 Spiegel Wirtschaft: IWF fordert Umverteilung und höhere Steuern für Reiche, 01.04.2021, <https://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/internationaler-waehrungsfonds-iwf-fordert-hoeher-steuern-fuer-reiche-a-f5a12ca7-72e5-482e-9032-d742a1e435f8>

20 Gut die Hälfte der Deutschen verfügt über kein nennenswertes Vermögen, das sie vererben könnte. »Die oberen zehn Prozent besitzen«, nach Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, »gut zwei Drittel des Nettovermögens.« Das »reichste Prozent der Bevölkerung vereint rund 35 Prozent des Vermögens auf sich.« Vgl. DIW Berlin: Vermögenskonzentration in Deutschland höher als bisher bekannt, Pressemitteilung, 15.07.2020, [https://www.diw.de/de/diw\\_01.c.793891.de/vermoegenskonzentration\\_in\\_deutschland\\_hoehere\\_als\\_bisher\\_bekannt.html](https://www.diw.de/de/diw_01.c.793891.de/vermoegenskonzentration_in_deutschland_hoehere_als_bisher_bekannt.html)

21 Ivan Krastev: Jetzt beginnt eine neue Geschichte, Die Zeit, 02.03.2022, S. 57.

Der Sturm auf das Kapitol<sup>22</sup> und Putins Überfall auf die Ukraine ist die bittere Erkenntnis, die wir aus dem von Hannah Arendt zitierten Satz *The past is never dead, it is not even past* des US-amerikanischen Schriftstellers William C. Faulkner ziehen müssen. Alle nur unzulänglich bearbeiteten Krisen der letzten Jahrzehnte – Klimawandel, Massenfluchten, Covid-19, Energiekrise, Generations- und Verteilungsgerechtigkeit und der Kampf gegen rechts – haben die Schwächen Deutschlands, Europas und des Westens deutlich gemacht, keine aber so brutal wie der russische Überfall auf die Ukraine. Wir leben heute in einer »Zeitenwende«. Putin zerstört nicht nur die Eckpfeiler, die den Frieden in Europa seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion sicherer gemacht haben. Gleichzeitig erleben wir einen weltweiten Angriff auf die liberale Demokratie. Die Zukunft der liberalen Demokratie steht auf dem Spiel.<sup>23</sup>

Joe Biden nannte in seiner Rede zur Lage der Nation am 2. März 2022 Putin einen Diktator. Den Krieg in der Ukraine bezeichnete er als Teil eines globalen Konflikts, einer epochalen Schlacht zwischen Demokratie und Autokratie. Der liberale Kapitalismus ist seit dem ökonomischen Aufschwung Asiens mit dem politischen, staatlich gelenkten Kapitalismus von China, Russland, Singapur, Vietnam und Burma konfrontiert. Heute scheint die autoritäre Variante des Kapitalismus an Anziehungskraft zu gewinnen. Die Verführung des Autoritären hat eine ökonomische Grundlage. Den politischen Eliten verspricht sie Herrschaft und der Bevölkerung ökonomischen Wohlstand. Wohlstand ohne Rechte ist die Verführung des Autoritären. NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg sieht in Russlands Angriffskrieg einen »schweren strategischen Fehler«. In seiner Rede vor dem Weltwirtschaftsforum in Davos am 24. Mai 2022 warnte Stoltenberg »den Westen davor, langfristige Sicherheitsbedürfnisse auf dem Altar wirtschaftlicher Interessen zu opfern. »Freiheit ist wichtiger als Freihandel«, sagte Stoltenberg. »Die Verteidigung von Werten ist wichtiger als die Verteidigung von Gewinnen.« Man solle aber auch »an den Umgang mit China denken. Nichts spreche grundsätzlich gegen Handel mit China, aber es wäre fahrlässig, in diesem Prozess China die Kontrolle über westliche Telekommunikationsnetzwerke zu geben.«<sup>24</sup>

Am 28. April 1942 wandte sich Präsident Franklin D. Roosevelt über das Radio an die amerikanische Bevölkerung. Er warb dafür, abends das Licht auszumachen, auf den Straßen spritsparsam nicht schneller als 35 Meilen/Stunde zu fahren, einen

22 Vgl. Bruno Heidlberger: Trump, die Revolte und wir. Salonkolumnisten, 23.01.2021, <https://www.salonkolumnisten.com/trump-die-revolte-und-wir/>

23 Vgl. Bruno Heidlberger: Wohin geht unsere offene Gesellschaft? 1968 – Sein Erbe und seine Feinde, Berlin 2019.

24 Gerald Braunberger: »Die Ukraine muss diesen Krieg gewinnen«, FAZ, 24.05.2022, <https://m.faz.net/aktuell/wirtschaft/von-der-leyen-in-davos-ukraine-muss-den-krieg-gewinnen-18055190.amp.html>

Spitzensteuersatz von 94 Prozent zu tolerieren, den Fleischkonsum stark einzuschränken und all dies, um das Hitler-Regime durch energiesparende »Selbstversagung« zu bekämpfen: »Wenn wir am Ende dieses großen Kampfes unsere freiheitliche Art zu leben gerettet haben, wird all das kein ›Opfer‹ gewesen sein.«<sup>25</sup> Was hätte Roosevelt, dessen Land sich bereits seit Dezember 1941 im Krieg gegen Deutschland befand, Deutschland wohl heute geraten? »Jeder loyale Amerikaner«, so Roosevelt weiter, sei »sich seiner individuellen Verantwortung bewusst.« In all den Tausenden von Briefen, die ins Weiße Haus kamen, sei immer die eine Frage aufgetaucht: »Was kann ich noch tun, um meinem Land zu helfen, diesen Krieg zu gewinnen?« Deutschland wurde bisher militärisch nicht angegriffen. Nicht allein ein Wirtschafts- und Cyberkrieg findet statt. Putin sieht sich im Krieg gegen den Westen. Auf dem Weltgipfel 2005 der Vereinten Nationen in New York wurde von fast allen Staaten der Erde das Konzept der Schutzverantwortung, der *responsibility to protect* (R2P)<sup>26</sup>, in einer völkerrechtlich allerdings nicht verbindlichen Erklärung anerkannt. Nach diesem Prinzip hat die internationale Staatengemeinschaft moralisch eine subsidiäre Verantwortung, schwere Menschenrechtsverletzungen, wie Völkermord, Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und ethnische Säuberungen, notfalls auch mit militärischer Gewalt zu verhindern, wenn die Regierung des betreffenden Landes ihrer Schutzverantwortung gegenüber den eigenen Bürger:innen nicht gerecht wird. Es geht aber nicht nur um unsere Verantwortung gegenüber der Ukraine. Die Ukraine ist seit 1989 das erste Land in Europa, das für europäische Werte einen Verteidigungskrieg gegen eine autokratische Diktatur führt und damit auch unsere Freiheit, Sicherheit und Würde verteidigt. Roosevelts Aussage, »der Preis für die Zivilisation« sei nicht zu hoch, gilt heute noch immer. »Wenn Sie daran zweifeln«, so der Präsident an einige Landsleute, »fragen Sie jene Millionen, die heute unter der Tyrannei des Hitlerismus leben. Fragen Sie die Frauen und Kinder, die Hitler hungern lässt, ob die Rationierung von Reifen und Benzin und Zucker ein zu großes ›Opfer‹ ist«. »Wir müssen sie nicht fragen. Sie haben uns bereits ihre gequälten Antworten gegeben.«<sup>27</sup> Die Antworten der Ukrainer:innen kennen wir längst.

Putin will die Ukraine als Nation zerstören und Europa politisch und ökonomisch in die Knie zwingen. Er führt einen Energie- und Wirtschaftskrieg gegen die EU und droht mit Nuklearwaffen. Es ist, das erinnert an den Kalten Krieg, ein Kampf um unterschiedliche Werte und Lebensweisen. Erst wenn Putin besiegt und

25 Roosevelt, vgl. Elisabeth von Thadden: Wärme pumpen, Die Zeit, 24.03.2022, S. 49. Die vollständige Rede: <http://docs.fdrlibrary.marist.edu/042842.html>

26 Resolution adopted by the General Assembly on 16. September 2005, [https://www.un.org/en/development/desa/population/migration/generalassembly/docs/globalcompact/A\\_RES\\_60\\_1.pdf](https://www.un.org/en/development/desa/population/migration/generalassembly/docs/globalcompact/A_RES_60_1.pdf)

27 Roosevelt, <http://docs.fdrlibrary.marist.edu/042842.html>

die volle Souveränität der Ukraine wiederhergestellt ist, erst dann fallen seine Mythen und seine Autorität in sich zusammen. Der russische Oppositionelle Alexej Nawalnyj betont, dass die Gesamtstrategie weiterreichen muss: »Russland muss eine parlamentarische Republik werden, da nur so der endlose Kreislauf aus selbst geschaffenen imperialistischen Autoritarismus durchbrochen werden kann. Auf keinen Fall dürfen wir den Fehler des zynischen westlichen Ansatzes in den Neunzigerjahren wiederholen, als man der postsowjetischen Elite sagte: ›Ihr könnt dort machen, was ihr wollt, nur gebt acht auf eure Atomwaffen und liefert uns Erdöl und Erdgas.«<sup>28</sup> Das Unheil ist zurückgekehrt, gerade weil es nie besiegt und verurteilt wurde.<sup>29</sup> Wenn Putin gewinnt, müssen wir uns von der europäischen Friedensordnung und einer regelbasierten Weltordnung verabschieden. Weltweit werden die Militärausgaben in die Höhe schnellen. Eroberungskriege würden sich wieder lohnen und Autokratien und der Revisionismus – Chinas, der Türkei und Serbiens – an Macht und Einfluss gewinnen. Vieles spricht dafür, dass Putin diesen Krieg verliert. Falls es keinen eindeutigen Sieger gibt, sollte der Westen die Ukraine in die NATO aufnehmen, nicht nur im Interesse der Ukraine, auch im Interesse des Westens.

Im Zentrum von Arendts politischem Denken steht der Totalitarismus. Alles ist jederzeit möglich, auch in diesem Jahrhundert. Das Ende von Hitler und Stalin ändert daran nichts. Die Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft bleiben aktuell. Der Friede war nur trügerisch. Ein imperialistischer Angriffskrieg in Europa – »hier doch nicht«. Eine Seuche mit Millionen Toten, Brände, Überschwemmungen, Dürren – »das kann bei uns nicht mehr passieren«. Welch ein Irrtum. »Wir ziehen mit unserem täglichen Leben eine Spur der Verwüstung durch die Erde und kümmern uns da noch nicht drum«<sup>30</sup>, erklärt Wirtschaftsminister Robert Habeck. Das Ende unserer fossilen Lebensweise ist ab sofort nicht nur eine klima-, sondern auch eine sicherheitspolitische Notwendigkeit. Was da noch kommen mag, wissen wir nicht. Die Zukunft ist offen.

Liberalismus wird heute auf Neoliberalismus reduziert, statt Freiheit, Wirtschaft, Ökologie, Soziales und Sicherheit zusammenzudenken. Arendts Begriff von Politik als Freiheit weist über unser Verständnis von Liberalismus<sup>31</sup> hinaus. Es geht darum, Bedingungen zu schaffen, »damit Freiheit tatsächlich für alle gelten und von allen gelebt werden kann«<sup>32</sup>. Liberalismus, so verstanden, ist die auch von Arendt geteilte universalistische Idee, dass allen Menschen gleiche Freiheit, gleiche Rechte

28 Alexej Nawalnyj: Wie Putin besiegt werden kann, FAZ, 30.09.2022, <https://m.faz.net/aktuell/1.8354401?GEPC=s5>

29 Timothy Snyder: Postkoloniale Staaten gewinnen immer, SZ, 20.05.2022, S. 19.

30 Robert Habeck bei »Markus Lanz«, 31.03.2022, <https://www.zdf.de/gesellschaft/markus-lanz/markus-lanz-vom-31-maerz-2022-100.html#xtor=CS5-62>

31 »Ich gehörte niemals zu den ›liberals‹. [...] Dem Liberalismus habe ich niemals angehangen.« (Iwv: 107)

32 Ralf Fücks, Rainald Manthe (Hg.): Liberalismus neu denken, Bielefeld 2022.

und Würde zustehen und keine Nation, keine Identitätsgruppe, kein Wertesystem über ein anderes gestellt werden darf. Freiheit bedeutet, dafür zu sorgen, »auch denjenigen ein auskömmliches und erfülltes Leben in Würde und Gesundheit zu ermöglichen, die weniger privilegiert sind«<sup>33</sup>. Wenn wir Freiheit, Republikanismus, Ökologie, Soziales, Innovation und Wettbewerb zusammendenken können wir mit nachhaltiger Entwicklung (sustainable development), nachhaltigem Wachstum und einem ökologischen Ordnungsrahmen aus der Klimakrise herauskommen. Die ökologischen Belastungsgrenzen des Planeten, auf die Arendt hingewiesen hat, sind längst erreicht. Es geht darum, Wohlstandsproduktion und Naturverbrauch zu entkoppeln. Dies kann gelingen durch den Übergang von fossilen Energiequellen zu erneuerbaren Energien, durch eine kontinuierliche Steigerung der Ressourceneffizienz und durch eine moderne Kreislaufwirtschaft. Entscheidend ist, ob die Stärke der Entkoppelung ausreichend ist, um innerhalb planetarer Grenzen zu bleiben und das 1,5 Grad-Ziel einzuhalten. Das BIP als Maßstab für Lebensqualität reicht längst nicht mehr. Wir brauchen einen neuen Wohlstandsbegriff auf Grundlage einer umfassenden Definition menschlicher Bedürfnisse. Politik muss wie die Wirtschaft kreativ, innovativ und nachhaltig sein. Wir brauchen den Wettbewerb um die besten Lösungen, um Deutschland und Europa zu Vorreitern für nachhaltiges Wirtschaften zu machen. Dieser neue Liberalismus muss eigene Antworten auf aktuelle Fragen finden.<sup>34</sup> Dazu gehört auch die Überwindung der Kulturkämpfe zwischen links und rechts und zwischen Konservativen und Liberalen. Eine freie und gerechte Gesellschaft ist uns nicht gegeben, sondern aufgegeben.

## 19.5 Mit Hannah Arendt Freiheit neu denken

Hannah Arendt ist nicht nur eine große politische Theoretikerin des 20. Jahrhunderts, sondern auch eine öffentliche Person, die bereit war, in finsterner Zeit Verantwortung zu übernehmen. Sie hat vieles erlebt, wovon sie spricht. Das macht sie für viele zur Ikone. 1959 war sie die erste Frau, die als Gastprofessorin an der Universität Princeton Vorlesungen hielt. Arendt gilt als eine der großen Persönlichkeiten der Geistesgeschichte des 20. Jahrhunderts. Ein Studium der Philosophie und der Politik ist heute ohne ihre Texte kaum denkbar. Was an ihr fasziniert, ist ihr »Republikanismus«, ihr Verständnis von Politik als einer Sphäre der Freiheit. Der Totalitarismus und die politische Revolution sind die beiden Fixpunkte von Arendts politischer Philosophie. Den Tiefpunkt des Politischen, die Zerstörung des öffentlichen

33 Robert Habeck in seiner Rede beim Grünen-Parteitag 2021.

34 Ralf Fücks, Rainald Manthe: Skizze für einen neuen Liberalismus, Die Zeit, 25.06.2022, <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2022-06/liberalismus-politik-fdp-staat-demokratie/komplettansicht>

Raums beschreibt Arendt in *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft*, in *Über die Revolution* seine Entfaltung und Institutionalisierung. In ihrem philosophischen Hauptwerk *Vita activa* kritisiert Arendt eine Wirtschaftsweise, die »die Welt und die Weltlichkeit des Menschen zum Opfer bringt« (VA: 327). Das Lebendighalten des revolutionären Geistes und die Stabilisierung der demokratischen Ordnung bilden den Dreh- und Angelpunkt ihres politischen Denkens. Arendt erinnert an den »Schatz der Revolutionen«, an das freiheitliche Potenzial, an die Macht, die dem spontanen Zusammenhandeln von Menschen innewohnt. Dies können wir gegenwärtig in der Ukraine und im Iran erleben.

Arendt weist darauf hin, dass für die Handlungsfähigkeit eine Gemeinschaft, eine nationalstaatliche Zugehörigkeit, entscheidend ist, aber auch, dass es mit der Dreiteilung von Staat, Staatsvolk und Staatsgebiet keine Lösung der globalen und völkerrechtlichen Probleme geben kann. Seit dem Ersten Weltkrieg ist klar: Der moderne Nationalstaat ist an seine Grenze gestoßen. Globale Probleme verlangen globale Antworten. Millionen von Menschen leben in den Brennpunkten des Klimawandels. Klimawandel, Armut, Krieg, Vertreibung und Flucht überschneiden sich zunehmend.<sup>35</sup> Mit Blick auf die globalen Herausforderungen ergibt sich die Notwendigkeit der Wiederbelebung von Global Governance. Globale Entscheidungsprozesse sind jedoch immer mehr zum Stillstand gekommen. Die politischen Spaltungen in der Welt vertiefen sich, davon profitieren digitale Technologien und Medien. Die Außenpolitik wird zum verlängerten Arm der Innenpolitik. »Wenn es um vermeintlich nationale Interessen geht, bleibt das globale Gemeinwohl leicht auf der Strecke«<sup>36</sup>, bemerkt António Guterres, Generalsekretär der Vereinten Nationen. Globale Institutionen sind immer noch zu schwach oder gespalten, wie die Weltgesundheitsorganisation und der UNO-Sicherheitsrat, oder undemokratisch aufgebaut, wie viele internationale Finanzinstitutionen, um die geopolitischen Probleme zu lösen.

Eine europäische Migrationspolitik scheint in die Ferne gerückt. Die EU handelt heute wie ein Nationalstaat. Sie »schützt« ihre Außengrenzen mit Stacheldraht und Menschenleben gefährdenden Frontex-Einsätzen. Arendts Forderung nach einer institutionellen Sicherung eines Rechts auf Rechte bleibt nach wie vor aktuell. Arendt fragt, was Menschsein in einer globalisierten Welt bedeutet und zeigt: »Der Verlust der Menschenrechte findet [...] statt, [...] wenn der Mensch den Standort in der Welt verliert, durch den allein er überhaupt Rechte haben kann [...]« (EU: 613).

35 Die Nansen-Initiative, welche die Schweiz 2012 ins Leben gerufen hat, ist ein Schritt in die richtige Richtung. Vgl. Plattform zu katastrophenbedingter Vertreibung, <https://www.eda.admin.ch/eda/de/home/aussenpolitik/frieden-menschenrechte/migration/nansen-initiative.html>

36 António Guterres: Die Lösung globaler Probleme birgt ein Paradox, <https://www.un.org/Depts/german/gsmessages/Guterres-Paradox-OpEd-DEU.pdf>



Der Geflüchtete existiert außerhalb jeder staatlichen Ordnung. Menschsein bedeutet aber das Recht, Rechte zu haben. Solange dieses Recht an einen Standort gebunden ist, sind nicht nur Staatenlose und Geflüchtete weitgehend rechtlos. Rechtlos sind auch jene, »die aus der Gemeinschaft der Arbeitswelt oder der Zivilgesellschaft herausfallen« (K. Meyer 2005: 15) – Arbeitslose, ethnische oder sexuelle Minderheiten und Frauen. Arendts Pluralitätsbegriff macht sie zur Vordenkerin der Diversität, nicht im Sinne einer Reduktion auf eine Gruppenidentität, sondern als Bedingung von Anerkennung und Rechtsgleichheit und als eines je eigenen Zugangs zur Welt. Die Vielheit der Bürger:innen war für Arendt immer so fundamental wie ihre Gleichheit: als Handelnde, als Regierende und als Regierte, sodass allen Bürger:innen gleichermaßen garantiert ist, »ohne Angst verschieden zu sein«<sup>37</sup> und als Verschiedene öffentlich in Erscheinung zu treten. Wie Arendt war Adorno bewusst, dass die Rede von der Gleichheit immer in Gefahr steht, ins Totalitäre gewendet zu werden.

Arendt spielt soziale und politische Emanzipation nicht gegeneinander aus. Insofern kann sie als große Vordenkerin eines neuen Liberalismus gelten, in deren Mittelpunkt die Forderung der gleichen Freiheit aller und die Idee der Menschenrechte steht, wie auch die Vorstellung einer durch Recht geregelten nationalen wie internationalen Ordnung. Arendt überwindet, mit der Vorrangstellung der Politik als Freiheit, die gängige Vorstellung von Politik als Herrschaft und ihre Reduktion auf die Sorge um die physische Reproduktion – auf Wohlstand. Für Arendt gehört die Leiblichkeit wie die Pluralität zu den Grundbedingungen der *conditio humana*. Bei der »Zurückweisung des Sozialen« geht es Arendt »weniger um Inhalte als um Einstellungen« (Loidolt 2018: 16). Sie sieht die Gefahr, »Pluralität um willen der Lebensbedürfnisse, wie Wohlstand, Sicherheit etc. einzuschränken«. »Leben kann, auf das bloße ›Überleben‹ reduziert«, [...] »sehr schnell ›überflüssig‹ gemacht werden« (ebd.), wenn es allein dem Imperativ globalen Wachstums subsumiert wird. Arendt wendet sich gegen eine Logik des entfesselten Prometheus, des Verlustes des Gemeinnsinns und der Weltentfremdung. Aus diesen Gründen betont Arendt, dass es in der Politik um »Welt« und nicht um »Leben« gehen muss. Die Sorge für die Welt ist für sie ein Konzept, das die Sorge um das Leben umfasst. Das gute Leben bedarf des Raums der Pluralität – ohne Freiheit ist alles nichts. Politik ist für Arendt nicht Herrschaft und mehr als die Sorge um das Soziale. »Der Sinn von Politik ist Freiheit« (ZVZ: 210). Dabei geht es Arendt immer darum, Möglichkeitsräume für menschliches Handeln, für Politik und Freiheit aufzuzeigen. »Frei sein können Menschen nur in Bezug aufeinander« (ZVZ: 201). Wir sollten unseren isolierten Beobachterposten und das Bedürfnis nach absoluter Objektivität aufgeben, auch das Bedürfnis, andere erziehen zu wollen. »Worte, die zum Zwecke des Kämpfens benutzt wer-

37 Theodor W. Adorno: *Minima Moralia. Reflexionen aus dem beschädigten Leben*, Frankfurt a.M. 1944/1997, S. 113f.



den, verlieren ihre Redequalität; sie werden Klischees« (ZVZ: 110), meint Arendt. Wir sollten uns auf das Abenteuer der Pluralität der Perspektiven einlassen. Das bedeutet auch, dass man urteilen sollte, auch wenn man mit der Gegenrede zu rechnen hat. Erst, wenn diese Pluralität lebendig gehalten wird, kann eine gemeinsame Welt entstehen. In ihrem Vorwort zu *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft* heißt es: »Begreifen bedeutet, sich aufmerksam und unvoreingenommen der Wirklichkeit, was immer sie ist oder war, zu stellen und entgegenzustellen« (EU: 25). Demokratiefeindliche Perspektiven zu verstehen, heißt nicht, sie zu akzeptieren oder gar zu rechtfertigen. Sie müssen aber artikuliert und verstanden werden, um für eine offene Gesellschaft handelnd Verantwortung zu übernehmen. Trotz Arendts pluraler Perspektive ist ihr Begriff vom Politischen ohne eine normative Dimension mit Bezug auf Rechtsstaat, Menschenrechte, soziale Gerechtigkeit und Freiheit nicht verstehbar. Jede Normativität muss sich einer Kritik aussetzen. Normative Standards scheitern, wenn sie der Kritik nicht mehr standhalten. Freiheit bleibt kontingent und unterliegt keiner natürlichen oder transzendentalen Begründung. Freiheit ist jedoch keine Willkür – sie ist kollektive Verantwortung, die wir alle haben für die Dinge, die in unserem Namen geschehen.

Arendt ist weder ein rückwärtsgewandte Denkerin noch eine Theoretikerin, die das Revolutionäre des politischen Prozesses überbetont. Arendts Politikbegriff ist weder elitär, noch hat er eine antidemokratische Note – er ist antitotalitär, republikanisch und herausfordernd. Er stellt unsere Verantwortung für das Gemeinwesen und für die Welt ins Zentrum von Politik. Man könnte ihn, wie andere zentrale Begriffe Arendts – wie Polis, Revolution, amerikanische Verfassung, Republik oder Handeln –, nicht als Abbildung der sozialen Realität, vielmehr als einen »Idealtypen« (Max Weber) oder als »idealen Grenzbegriff« bezeichnen, als eine Methode sozialwissenschaftlicher Theoriebildung und Messlatte, an der das reale Geschehen gemessen werden kann – als Orientierung von Politik. Für Weber wie für Arendt sind Idealtypen keine moralischen Begriffe und nicht zu verstehen im Sinne eines Sollens, sondern im Sinne subjektiver Sinngebung und von Orientierung.

Auf all die »Fragen, Sorgen und Probleme«, die sie behandelt, schreibt Arendt in *Einleitende Bemerkungen von Vita activa*, wisse sie »keine Antwort«. Was es an Antworten gebe, sei Sache der Politik, die von der Übereinkunft vieler Menschen abhängen und abhängen müsse. Wie es keine Sache theoretischer Überlegungen eines Einzelnen sei, gebe es auch nicht nur »eine mögliche Lösung« (VA: 14). Was Arendt vorschlägt, ist »eine Art Besinnung auf die Bedingungen, unter denen, soviel wir wissen, Menschen bisher gelebt haben«, [...] als dem nachzudenken, was wir eigentlich tun, wenn wir tätig sind« (VA: 14).

Als anti-akademische Denkerin, als Anti-Intellektuelle weiß sie um die Verführbarkeit des Geistes, der falschen Bildung, den Gefahren des Denkens. Für Ralf Dahrendorf zählt Arendt, neben Karl Popper, Raymond Aron und Isaiah Berlin, zu den Erasmus, weil sie den beiden großen Versuchungen der Unfreiheit widerstanden

hat. Mit Erasmus von Rotterdam teilen sie die Tugend der Freiheit. »Kaum einer habe wie sie«, so Dahrendorf, »den Mut bewiesen, die eigene Position unter Gegnern, ja Feinden zu vertreten. Das sei für sie eine schlichte Lebensstatsache, dass man mit Gegensätzen leben muss und kann.«<sup>38</sup> Das Besondere an Arendts Denken ist die »Rebellion gegen das Große« (Weißpflug 2019: 17), gegen das Abstrakte und Allgemeine, gegen das Wahre und Fundamentale, gegen eine festgezurrte Theorie des Politischen. Denken in Arendts Verständnis als Denkübung zeigt sich in ihrem Widerspruchsgeist und in ihrem Mut, sich auf die Perspektive anderer einzulassen und auch die eigene Meinung in Frage zu stellen. Arendt plädiert nicht dafür, auf das eigene Urteil zu verzichten. Es ging ihr vielmehr um die Bereitschaft, es nicht für das einzig Richtige zu halten. Arendt wies immer auf die Vorläufigkeit ihres Denkens hin. In diesem Sinne war Anfang und Ende von Arendts Denken ein und dasselbe. Was ihr Denken zusammenhielt, war die Liebe zu den anderen, ihre Liebe zur Welt. (Young Bruehl 1991: 450)

In einem 1964 gehaltenen Vortrag<sup>39</sup> unter dem Titel *Was heißt persönliche Verantwortung in einer Diktatur?* geht Arendt der Frage nach, was persönliche Verantwortung heute bedeutet. Sie meint nicht allein die Verantwortung der Politik, sondern die Verantwortung, die wir alle gemeinsam haben für Dinge, die in unserem Namen geschehen. Die einzige Entschuldigung dafür, keine Verantwortung zu übernehmen, sei »absolute Machtlosigkeit«. Wir tragen nicht nur Verantwortung für die Auswirkungen beabsichtigter oder unbeabsichtigter vergangener Taten, die in unserem Namen geschahen, sondern auch für die zukünftigen Auswirkungen gegenwärtigen Handelns. Arendt weiß: Die langfristigen Auswirkungen von Handlungen lassen sich nicht zuverlässig voraussagen. In vielen Fällen können wir nicht wissen, ob man richtig handelt. Was die Gesamtheit der Folgen betrifft, tapen wir immer im Dunkeln. In ihrem Werk *Vita activa* spricht Arendt von dieser »Last des Unwideruflichen und der Unabsehbarkeit«<sup>40</sup>. Sie betont aber auch, dass es keine Lösung ist, allein von den Parteien die richtigen Antworten zu erwarten und sich im Politischen die Hände in Unschuld zu waschen. Das wird uns von der Verantwortung für die uns gemeinsame Welt nicht entlasten. Handeln ist nach Arendt immer ein Wagnis. Dieses Wagnis ist nur möglich im Vertrauen auf die Menschen. Was zählt, ist der persönliche Mut, den eigenen Verstand zu gebrauchen, und die Macht des Beispiels.

38 Ralf Dahrendorf: Versuchungen der Unfreiheit. Die Intellektuellen in Zeiten der Prüfung, Bonn 2006, S. 89.

39 Hannah Arendt: Was heißt persönliche Verantwortung in einer Diktatur?, hg. von Marie Luise Knott, München 2018.

40 Vgl. Margaret Canovan: Politische Verantwortung in »interessanten Zeiten«, in: Politik und Verantwortung. Zur Aktualität von Hannah Arendt, hg. von Waltraud Meints, Katherine Klinger, Hannover 2004, S. 72.

Martin Luther King, Rudi Dutschke, Greta Thunberg, Maria Silva, Salman Rushdie, Wolodymyr Selenskyj und das ukrainische Volk. Mahsa Amini, die den Hijab nicht trug, sich gegen die Festnahme wehrte, totgeprügelt wurde und den Aufstand der iranischen Frauen gegen die Mullah-Diktatur auslöste. »Wir wollen Reformen, keine Kulturrevolution. Wir wollen Freiheit, keine Lockdowns. Wir brauchen keinen Führer, wir wollen Wahlen. Wir wollen Bürger sein, keine Sklaven.«<sup>41</sup> Dies stand auf zwei Transparenten, die ein Chinese am 13. Oktober 2022 auf der Pekingener Sitong-Bücke entrollte. Ein Funke genügt, sagte Mao Zedong, um einen Steppenbrand auszulösen. Es besteht immer die Freiheit, frei zu sein für einen Neuanfang.

Arendt sieht die größte Gefährdung der Freiheit in der Moderne in der Einschränkung der Sphäre politischen Handelns. Politische Freiheit bedeutet für sie die Herstellung der Ermöglichungsbedingungen politischen Handelns. Gleichwohl reduziert Arendt Politik nicht auf die spontane Freiheitsbegründung. Über die Entstehung einer freiheitlichen Ordnung hinaus thematisiert sie ihre Verfasstheit und Stabilisierung. Freiheit und Ordnung bilden keinen Gegensatz, wie Christian Volk und Thorsten Thiel zeigen.<sup>42</sup> Politische Freiheit realisiert sich nicht nur im Handeln, sie bedarf ihrer institutionellen, rechtlichen Sicherung. In dieser Hinsicht verdanken sich Freiheit und Integrität der Individuen ihrer Einbindung in verfassungsrechtliche Garantien. Freiheit als Handeln bleibt ein riskantes Ereignis, das allein auf der Anerkennung der Pluralität und dem Versprechen und Verzeihen beruht. In diesem Sinne ist Arendt eine Denkerin der Moderne, eine Denkerin der republikanischen Freiheit. Mit Arendt können wir Freiheit neu denken, Antworten auf heutige Fragen müssen wir selbst finden.

41 Bernd Dörri: Lichtblicke, SZ, 31.12.2022, S. 2.

42 C. Volk, T. Thiel: Hannah Arendts Republikanismus des Dissenses, <https://www.fernuni-hagen.de/videostreaming/ksw/forum/20200213.shtml>

